

Aktuelle Probleme im Religionsverfassungsrecht

Interessiert? Dann macht mit beim Grundlagenseminar
im SoSe 2022

- **Das Seminar** richtet sich an Studierende der Rechtswissenschaft mit besonderem Interesse für Grundlagen des Rechts und für das Öffentliche Recht. Es eignet sich unter anderem als **Übungsseminar**, weil es auf das Schwerpunkt-Prüfungsseminar bzw. die Seminararbeit im Nebenfach vorbereitet. Die Veranstaltung vermittelt Kenntnisse in einem ausgewählten Grundlagenfach (Methodenlehre, Verfassungsgeschichte, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie) sowie in der **rechtswissenschaftlichen Methodik** und eröffnet vertiefte Einblicke in das nationale und internationale öffentliche Recht.
- Mit erfolgreichem Abschluss des Seminars erhalten die Teilnehmer einen **Grundlagenschein** (gem. § 4 Abs. 1 Nr. 5 JAPO Zulassungsvoraussetzung für die staatliche Pflichtfachprüfung). Dieser Schein ist zugleich als Teilleistung für das **Zusatzzertifikat „Studium fundamentale“** anerkannt.
- **Leistungen:** schriftliche Arbeit (max. 15 Seiten) & mündlicher Vortrag (15 Minuten). Das Seminar wird als Blockveranstaltung im Juni 2022 durchgeführt. Die Abgabe der Seminararbeit erfolgt zuvor.
- **Vorbesprechung** mit Prof. Dr. Antje von Ungern-Sternberg und Themenvergabe finden am Dienstag, den 08.03.2022 um 15 Uhr bei Zoom statt. Anmeldung hierzu bitte bis spätestens 07.03.2022 an gitzen@uni-trier.de

Mögliche Themen:

Zahlreiche Konflikte um Religion sind in Gesellschaft und Politik präsent und werden juristisch ausgetragen: Gewährt die Religionsfreiheit besondere Rechte für Religionsangehörige oder gelten allgemeine Pflichten für alle, d.h. gibt es beispielsweise ein Recht auf Befreiung vom Schulunterricht aus religiösen Gründen (Schwimmunterricht, „anstößige Inhalte“, Homeschooling) oder ein Recht auf religiöse Kleidung am Arbeitsplatz? Kann und darf der Staat bei innerreligiösen Konflikten eingreifen, etwa wenn kirchliche Arbeitgeber Vorgaben für die private Lebensführung machen? Darf der Staat die gesellschaftliche Integration fördern und religiösen Parallelgesellschaften entgegenwirken, etwa durch den staatlichen Schutz religiöser Feiertage oder ein Burkaverbot in der Öffentlichkeit – oder sollte er religiösem Recht und religiöser Schiedsgerichtsbarkeit breiten Raum verschaffen? Welche Maßnahmen kann



und muss der Staat ergreifen, um religiös motivierte Straftaten zu bekämpfen und die verfolgten Minderheiten zu schützen? Schließlich: Welche Sonderstellung nehmen die christlichen Kirchen aufgrund ihrer geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedeutung ein – und inwieweit gebühren vergleichbare Rechte auch den übrigen Religionsgemeinschaften (Religionsunterricht für Muslime, Anerkennung kleinerer Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts)?

Diese und weitere Fragen können behandelt werden, wobei zudem gezeigt werden kann, wie das klassische nationale Recht zunehmend auch durch die Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention und das Europarecht beeinflusst wird.

- Corona – Religionsfreiheit in der Pandemie
- Religionsfreiheit im Arbeitsleben
- Religion in der Schule
- Weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates
- Organisation von Religionsgemeinschaften
- Schächten – Zwischen Religionsfreiheit und Tierschutz
- Öffentliche Sicherheit und Integration als Rechtfertigung für die Einschränkung islamischer Praktiken.
- Ablösung der Staatsleistungen an Kirchen – Historie und Verfassungsauftrag

Eigene Themenvorschläge sind willkommen!

